

Berliner Tageblatt
Wird nicht ohne Grund mit Ausnahme des Sonntags, am meisten als in
einer Tageszeitung angesehen. Was dieses anbelangt, Berlin ist
einmal die Hauptstadt des Reiches, sodann die Hauptstadt der
Provinzen, sodann die Hauptstadt der Welt. Berlin ist die
Hauptstadt der Provinzen, die Hauptstadt der Welt. Berlin ist
die Hauptstadt der Provinzen, die Hauptstadt der Welt. Berlin
ist die Hauptstadt der Provinzen, die Hauptstadt der Welt.



Abonnements-Preis
Für das Berliner Tageblatt und den Anzeiger-Beiblatt, beide des
Verlags der Verlagsanstalt 'Deutscher Verlag', Berlin,
ausgegeben am Montag den 27. Oktober 1900.
Preis für den Abnehmer 1 Mark 50 Pfennig, für den
Abnehmer im Ausland 2 Mark 50 Pfennig.
Preis für den Abnehmer im Ausland 2 Mark 50 Pfennig.
Preis für den Abnehmer im Ausland 2 Mark 50 Pfennig.

Der neue Reichstag.

Nummer 547.

Berlin, Sonnabend, den 27. Oktober 1900.

XXIX. Jahrgang.

Die Chinapolitik und die Sozialdemokratie.

Je näher der Zeitpunkt des parlamentarischen Winterfeldzugs heranrückt, desto eifriger beschäftigt man sich mit den voranschreitenden Kämpfen, die sich um die Chinapolitik im Reichstage entwickeln werden. Galt die Reichsregierung von Anfang an, das heißt unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Reichsbeschlusses, an die Volkstribunen zu appellieren, so wäre aller Schmierigkeiten überhoben gewesen. Das ist nun leider verabsäumt worden, und es ist völlig unmöglich, jetzt nachträglich seinen Charakter an der Lösung des Rätsels zu wehen, vor dem eigentlich die Schuld dieser Verhättnisse und verhängnisvollen Lage zu verorten ist. Diese Haltung der Reichsregierung zu tragen hat, es liegt nun einmal eine unabänderliche Tatsache vor, mit der man sich, so gut oder so übel es gehen mag, wird abfinden müssen. Vorn genug wird es im Reichstage geben.

mühten sich doch selber eingehend, daß sie die Interessen des arbeitenden und erwerbenden Volkes als Kompromittierten münden, wenn sie durch einflussreiche Persönlichkeiten an einem vermeintlichen Grundbaß der Reichsanlagen in das extrem agrarische Lager gedrängt hineinträfen. Auf den Einwand der sozialdemokratischen Presse, daß wir nicht unangefochten die Geschäfte des Reichstages und die Geschäfte der Sozialdemokratie zu betreiben hätten, sind wir im Voraus gefaßt. Dieses liegt uns indessen fern. Zu beiden haben wir weder Neigung noch Beruf. Allein es kam uns darauf an, auf die Wichtigkeit dieses Zusammenhanges zwischen der parlamentarischen Behandlung der Chinapolitik und der Wirtschaftspolitik im Allgemeinen und auf die innerpolitischen Zusammenhänge dieser Behandlungssache durch die Parteien, namentlich auf die sozialpolitische im Besonderen, hinzuweisen.

Vor einer Rede.

(Von unserem Korrespondenten.)

Paris, 25. Oktober. Vor etwa vier Wochen brachte ein Blatt die Meldung, Waldeck-Rousseau werde vor dem Zusammentritt der Kammer eine große Programmrede halten. Das ein französischer Minister, oder auch ein Ministerpräsident eine Rede hält, ist bekanntlich im Allgemeinen weder ein seltenes, noch ein besonders aufregendes Ereignis. Dennoch brachte die Ankündigung, Waldeck wolle sprechen, die politischen Kreise in Aufbruch. Das ist nicht ganz verwerflich, denn erstens ist Waldeck-Rousseau eine bei den Parteien beliebte Persönlichkeit, und zweitens hat gerade er, der zweifellos einer der größten Redner jener Zeit ist, seit 16 Monaten von seinem Ministeramt im Lande noch keinerlei Gebrauch gemacht. Und drittens ist man weniger zu sehen, wie Waldeck-Rousseau sich gegenüber den Wählern verhalten wird, seiner Anhänger, von denen die Einen nach Kampf, die Anderen nach Versöhnung rufen, von denen die Einen nach links wollen und die Anderen nach rechts. In einer Ansprache, die Waldeck an einige der Marais gerichtet hat, die zum großen Dank nach Paris gekommen waren, hat er gesagt, daß der Verstoß der republikanischen Aktion zu folgen habe. Das Wort ist sehr applandiert worden, aber Jeder möchte ihn einen anderen Sinn geben.

Letzten Tagen gehalten, die als Vorläufer der Rede Waldeck gelten konnten. Emile Bourgeois sprach in Genèpe, der ehemalige Minister im Kabinett Méline, Barthou, sprach in Cleron. Bourgeois vertrat in entscheidender Form die antirepublikanische Politik, Barthou, der sich etwas spät zum Parteiführer befehligte und abweichend für und gegen das Kabinett fühlend gestimmt hatte, vertrat etwa den Standpunkt des 'Temps'. Er freute Waldeck-Rousseau Blumen, er erklärte sich für ein Vereinigtes, das die geistlichen Kongregationen von Staats abhängig machte, aber er wachte sich gegen die Arbeiterhabitate, gegen das Schulgesetz und — mit einigen Einschränkungen, gegen das Guttenkunstwerkprojekt, das die Regierung der Kammer vorlegen wird.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß Waldeck-Rousseau den anglichsen Gemüthern den Gefallen thun wird, in Loulouise seine bisherige Politik zu verteidigen. Er hat durch seine Energie den Antirepublikanismus — der den Nationalismus nur vorschob — für den Augenblick unsichtbar gemacht, er hat sicherlich den Gehirge, das Liebel jetzt an der Wurzel angreifen. Durch die hochwürdige Umgestaltung der Offizierschule von Saint-Cyr, durch die Entfaltung der liberalen, antirepublikanischen Elemente aus dem Lehrpersonal der Schule hat der Kriegsminister General Kératrec dem Antirepublikanismus in der Armee den empfindlichsten Stützpunkt verleiht. Das André in der Armee gethan, wird Waldeck durch sein Schulgesetz im Beamtentum der Republik thun. Er braucht dabei auch gar nicht zu ängstlich auf all die guten Freunde, auf all die Major von rechts und links zu hören, denn seine Majorität ist ihm sicher. Sie ist ihm so sicher, daß seine parlamentarische Situation wenigstens vorläufig gleich ist, was er in Loulouise sagen wird. Er hat sich so sehr als der richtige Mann, man möchte sagen, als der einzige Mann der Republik gezeigt, daß auch die Leute des 'Temps' heute schwerlich wagen würden, ihm die Freundschaft zu kündigen.

Der Chef des Generalstabes über den Grafen Moltke.

Wie der Große Generalstab die Persönlichkeit und das Wirken des Grafen Moltke beurteilt, haben wir am Donnerstag und Freitag früh an letzter Stelle auseinandergesetzt. Nunmehr hat der Chef des Generalstabes Graf v. Schlieffen selbst das Wort genommen, um sich über den großen Schlachtenhelden zu äußern.

Bei dem Reichstag, welches der Generalstab aus Anlaß der hundertsten Gedenkfeier des Geburtstages des Feldmarschalls Grafen v. Moltke veranstaltet hatte, fiel nämlich der Chef des Generalstabes der Arme Graf v. Schlieffen eine längere Rede, in welcher er den Feldmarschall als Herrscher feierte.

Man habe nicht vergessen — so führte er aus — daß der Feldmarschall seine Lehre vom Krieg hinterlassen habe. Und in der That konnte es bedauerlich erscheinen, daß ein Feldherr wie der Feldmarschall, seine schätzbare Mitleitung zurückgelassen habe, wie man einen Feldherrn gleich ist, was er in Loulouise sagen wird. Er hat sich so sehr als der richtige Mann, man möchte sagen, als der einzige Mann der Republik gezeigt, daß auch die Leute des 'Temps' heute schwerlich wagen würden, ihm die Freundschaft zu kündigen.

* Die gesamte agrarisch-konfessionelle Presse und mit ihr die führenden Centrumsblätter bemühen sich, den Grafen v. Posadowsky, der, wie wir gestern Abend mitteilen konnten,

Allein das Ende wird und kann nie anderes sein, als der Regierung die geforderten Kredite zu bewilligen und für die weiteren Ausgaben Indemnitäten zu erstatten. Die Frage ist indessen, wie sich die einzelnen Parteien auf der linken Seite, wie namentlich die sozialdemokratische Fraktion sich in diesem Kampfe verhalten wird. Die Zeit, in welcher für sie der Satz unbedingt Geltung zu haben beanspruchte: 'Woher eher die Welt als das Prinzip untergehen!' ist unabweisbar brüchig dahin. Auch die 'unentwegte' Sozialdemokratie muß in der Welt und mit ihr leben. Sie bestreift sich an parlamentarischen Kämpfen — das allein bedeutet schon ein Zugeständnis und wahrlich nicht das geringste. Je länger diese ihre Beteiligung in den gemeinsamen Arbeiten für das allgemeine Staatswohl anhäuft, desto mehr ist die Sozialdemokratie genötigt, trotz aller zur Schau getragenen Unbeugsamkeit die Gesetze der politischen Klugheit nicht abzuweisen in den Wind zu blasen.

Gines sieht doch unzweifelhaft fest: von ausschlaggebender Bedeutung können die sozialdemokratischen Stimmen in dieser Frage der Chinapolitik niemals werden; denn die ganze übrige nichtsozialdemokratische Masse im Reichstag wird schließlich die Regierungsforderungen bewilligen. Nun stehen doch aber andere gesetzgeberische und namentlich wirtschaftspolitische Aufgaben zur Lösung; man denke nur an die Handelsverträge!

Wer aber hat das größte Interesse daran, daß die Handelsvertragspolitik nicht im einseitigen agrarischen Interesse betrieben werde? Wer, fragen wir, hat gerade hieran ein so unmittelbares Interesse wie die breiten arbeitenden Schichten im Volke? Und da wäre es unferes Dafürhaltens doch geradezu ein verhängnisvoller Fehler, wollte man den neuen Reichstag, der doch schon durch sein bisheriges Verhalten in allen rein politischen Fragen den Beweis erbracht hat, daß er, wie das eben von einem Staatsmann gar nicht anders zu erwarten ist, allen extremen Anschauungen, sich auch allen extrem agrarischen, abhold ist, förmlich zwingen, sich den Vertretern jener extremen Wirtschaftspolitik in die Arme zu werfen.

Eine einheitliche Mehrheit ist im Reichstage nicht vorhanden. Es wird also — und wahrscheinlich noch auf unabweisbare Zeiten hinaus — für den leitenden Staatsmann gar nichts Anderes übrig bleiben, als sich innerhalb des gegebenen politischen Rahmenprogramms auf der Kompositionenlinie zu halten.

Was folgt aber daraus? Daß diese Kompositionenlinie derartig gebildet werde, wie es eben den wirtschaftlichen Forderungen des arbeitenden Volkes und des Bürgerstandes am besten entspricht. Wenn aber dieser Satz richtig ist, und das ist er doch wohl, was folgt dann weiter?

Daß man den Reichstag nicht in die Zwangslage hineindrängt, sich auf die vermeintlich wirtschaftlichen und politischen Reaktionskräfte stützen zu müssen. Die Debatten und die Abstimmungen im Reichstage über die Chinapolitik werden von entscheidender Bedeutung auch für den Gang der Verhandlungen über die Wirtschaftspolitik sein. Der politische Zusammenhang zwischen diesen beiden anstehenden so weit aus einander liegenden Materien ist doch wahrlich so eng, daß man sich nicht scheuen darf, die sozialdemokratischen Kräfte im Extrem diesen Zusammenhang aber auch anerkennen zu wollen? Das ist in der That eine sehr schwer wiegende Frage, von deren politischer richtiger Beantwortung allerdings sehr viel abhängt.

Die Sozialdemokratie als parlamentarische Partei ist an einem für sie ungenügenden Punkte angelangt, und auch für ihre eigene Weiterentwicklung hängt sehr viel davon ab, wie sie in dem jetzt gegebenen Moment den politischen richtigen Entschluß zu fassen den moralischen Muth haben wird. Denn ein moralischer Muth gehört allerdings dazu, bei der Beibehaltung der Chinapolitik die Parteipolitik zu eingestricheln, nicht für den Reichstag nicht zur Handlungsbereitschaft ist.

Es ist ja zweifellos für eine Partei wie die sozialdemokratische nicht leicht, ihren extremen Gewohnheiten untrennbar zu werden zu Gunsten der von ihr ehemals so viel beschämten Klugheit in politischen Dingen. Allein die bevorstehenden Jahree

Dierzu für die auswärtigen Abonnenten 'Deutsche Buchhalle' Nr. 43.